

Berlin, 19. Nov. Es verlautet, daß bereits vorgestern Abends der deutsche Verwaltungsrath die Wahlen zum Parlamente für den 31. Januar auszuschreiben beschlossen und zugleich Erfurt als Sitz des Parlaments definitiv festgestellt hat.

Köln, 19. Novbr. Vom Kriegsministerium ist die Desarmierung sämtlicher Festungen am Rhein verordnet und bereits hier damit begonnen worden.

Münster, 18. Nov. Auf die vom hiesigen katholischen Centralverein an das Staatsministerium abgesandte in Nr. 8 Ihres Blattes abgedruckte Adresse, betreffend die Seelsorge für den katholischen Theil der Armee ist in diesen Tagen eine Antwort der Minister der geistlichen, Unterrichts- und der Medizinal-Angelegenheiten und des Krieges eingegangen. Fast gleichlautend mit dem Schreiben an einen Bürger Dürens, welches in Nr. 44 abgedruckt ist, wird die Regulirung dieser Angelegenheit, falls sie in ihrer Ausführung nicht unvorhergesehenen Anständen begegnen sollte, in baldige zur Zufriedenheit aller Katholiken ausfallende Aussicht gestellt. Im Hinblick auf die Worte des Ministers Ladenberg bei der Berathung des Art. 12 in der zweiten Kammer wollen wir hoffen, daß diese Antwort nicht eine leere Versicherung bleibt, sondern daß bald in der That etwas Wesentliches geschehe. D. Wksch.

Hannover, 16. Nov. So eben stellt Rang II. folgenden fast von allen Mitgliedern der zweiten Kammer unterstützten Antrag für Schleswig-Holstein:

Stände beschließen, an die königl. Regierung über die schleswig-holsteinische Angelegenheit folgende Erklärung gelangen zu lassen. Die Stände sprechen das Vertrauen zu der königl. Regierung aus, daß sie, während der Dauer des gegenwärtigen (sei es faktisch oder rechtlich bestehenden) Waffenstillstandes auf strenge Durchführung eines dem Rechte festhaltenden, dänische Uebergriffe zurückweisenden Verfahrens hinwirken und bei den Friedensverhandlungen dahin streben werde, die Rechte der Herzogthümer und die Ehre Deutschlands zu wahren. Sie werden, wenn zur Erreichung des Zwecks ihre Mitwirkung erforderlich werden sollte, diese auf Antrag der königl. Regierung nicht versagen.

Ferner stellte der Abg. Gerding folgenden Antrag: Stände beschließen, königl. Regierung zu ersuchen, über die Lage der in Baden inhaftirten hannoveraner schleunigst und auf zuverlässigstem Wege Erkundigung einzuziehen und zugleich deren baldige Auslieferung zu erwirken. Z. f. N.

Dessau, 13. November. Die Auflösung des Vereinigten Landtags und der Sonderlandtage hat hier eine sehr große Aufregung hervorgerufen, um so mehr, als die meisten und wichtigsten Vorlagen unerledigt geblieben sind, wie das Volkswehrgesetz, auf welches der bei weitem größte Theil des Volkes mit Ungebuld wartet und welches schon vom constituirenden Landtage berathen werden sollte. Das erste Zeichen der Wahlbewegung, wenn auch ein indirectes, gab sich bereits gestern Abend kund in einer Demonstration für das frühere Ministerium Gabicht-Köppe und die Linke; es wurde nämlich, als kaum die Nachricht von der Auflösung des Landtags von Rötten nach Dessau gekommen, ein Fackelzug veranstaltet, welcher unter Begleitung eines Sängerkhore zuerst zum früheren Minister Gabicht und dann zu Köppe zog. Hierauf wurde der Zug fortgesetzt zu den Abg. Degener, Fiedler, Würdig und Philippson, sämmtlich der entschiedenen Linken angehörig; der erstere und letztere waren noch nicht von Rötten zurück, die andern beiden dankten, indem sie der Freiheit und dem anhaltischen Volke ein Hoch brachten.

Riel, 13. Nov. In den dänischen Häfen wird folgender Unterschied zwischen schleswigschen und holsteinischen Schiffen gemacht: Den schleswigschen Schiffen wird das „Danek Eiendom“ eingebrannt und die königliche Namens-Schiffre, den holsteinischen nur letztere. Beide Arten Schiffe werden umgemessen und erhalten neue dänische Meßbriefe, doch wird den holsteinischen der hiesige deutsche Meßbrief gelassen. Für holsteinische Schiffe ist der Stromzollpaß dahin geändert, daß es heißt, sie dürfen befahren: f. Maj. Herzogthum Holsteins Häfen, während für schleswigsche Schiffe die alte Formel: die „Häfen in f. Maj. Landen“ beibehalten ist. K. G. Wl.

Schleswig, 14. Nov. Endlich ist die längst erwartete Erklärung der Landesverwaltung vom Stapel gelaufen, welche alle Besorgnisse der Schleswiger beschwichtigen und den so höchst fatalen Widerstand brechen soll. Das Altkstück lautet:

„Die Landesverwaltung für das Herzogthum Schleswig steht sich zu der öffentlichen Erklärung veranlaßt:

Daß es wegen der konventionsmäßigen Regierung im Herzogthum Schleswig nie in der allerhöchsten Meinung gelegen habe, etwas Anderes auszusprechen, als die Führung derselben im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark, Herzogs zu Schleswig, und daß die Landesverwaltung auch nur in diesem Sinne die Regierung des Herzogthums Schleswig, während der Dauer des Waffenstillstandes, angetreten habe.

Indem die Landesverwaltung, um alle Veranlassung zum Mißtrauen aus dem Wege zu räumen, dieses zur öffentlichen Kunde bringt, wird es um so mehr ihre Pflicht sein, ihrer Autorität künftig in jeder Weise Folge zu verschaffen

Flensburg, den 12. November 1849.

Die Landesverwaltung für das Herzogthum Schleswig.
Tillisch. Graf zu Eulenburg.

Abgesehen davon, daß durch eine solche Erklärung jetzt überhaupt nichts mehr genügt werden kann, machen wir für jetzt nur darauf aufmerksam, daß in der ganzen Erklärung gerade das fehlt, worauf es ankommt, nämlich das Wörtchen „als.“ Nicht „im Namen Sr. Majestät des Königs von Dänemark, Herzog zu Schleswig,“ wie die Landesverwaltung schreibt, sondern „im Namen des Königs von Dänemark als Herzog von Schleswig“ dürfte sie regieren, wenn sie es überhaupt darf. N. fr. Pr.

Frankfurt, 18. Nov. Die vom 10. d. M. datirte württembergische Beitritts-Erklärung zu der Uebereinkunft vom 30. Sept. zeichnet sich vor allem bisher bekannt gewordenen Erklärungen durch den Vorbehalt aus, daß das Interim von Seiten Würtbergs nur bis zum 1. Mai 1850 — „bis wohin jedenfalls eine Volks-Vertretung zu berufen und eine deutsche Verfassung zu vereinbaren sei“ — als bindend anerkannt wird.

Mannheim, 16. Nov. Heute Morgen nach 10 Uhr marschirte das erste Bataillon des sechsten bayerischen Infanterie-Regiments unter Aufstellung einer Fete, gleichsam als ginge es durch Feindesland, durch unsere Stadt. Dasselbe geht über Frankfurt u. nach Amberg, wohin auch das dritte Bataillon dieses Regiments beordert ist. Das neunte Regiment wird dieser Tage ebenfalls in die Gegend von Würzburg, Bamberg und Amberg verlegt, indem es der bayerischen Regierung unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht rathsam scheint, die Regimenter, welche aus rheinbayerischen Unterthanen gebildet sind, in ihren heimathlichen Garnisonen zu belassen. — Die hiesige Casinogesellschaft lud unter dem gestrigen das sämmtliche hier liegende preussische und badische Offiziercorps zu ihren demnächst beginnenden Bällen und Abendunterhaltungen ein. Die Casinogesellschaft beobachtet bisher immer eine, von ihren größtentheils demokratischen Elementen herrührende gespannte Stellung gegen die badischen Offiziere. Die preussischen Offiziere bildeten die Uebergangsbrücke über diese Kluft. — Der Mörder eines jungen Mädchens, welches unlängst in seinem Bette erschlagen gefunden wurde, ist ausgemittelt und gefänglich eingezogen. Bei seiner Verhaftung brachte er sich zwei Stiche bei.

Karlsruhe, 16. Nov. Das Gerücht, welches sich gestern Mittag in der hiesigen Stadt betreffs der Verleihung einer Amnestie an minder gravirte politische Verbrecher verbreitet hatte, scheint ein voreiliges gewesen zu sein. Bis jetzt wenigstens ist nicht Näheres darüber bekannt geworden. Die vorläufige Freilassung vieler Gefangenen, gegen welche der Staatsanwalt auf eine Zuchthausstrafe von höchstens 2 Jahren antragen kann, die aber nichtdestoweniger immer noch vor das Kriegsgericht sich zu stellen haben, scheint zu jenem Gerüchte Veranlassung gegeben zu haben. — Aus Bruchsal ist heute die Nachricht hier eingetroffen, daß der von dem Mannheimer Standgerichte zu zehnjähriger Zuchthausstrafe verurtheilte Arnold Steck aus Neuenburg in der Schweiz, welcher bekanntlich die Beschießung Ludwigschafens verursacht hatte, gestern Nacht aus dem dortigen Gefängniß entflohen sei. — Das heutige Regierungsblatt enthält ein Gesetz, wonach die gegen Soldaten oder zu solchen degradirte Unteroffiziere erkannte Arbeitshausstrafe künftig als Militärarbeitsstrafe in einer Strafscompagnie erstanden werden soll.

Stuttgart, 15. Novbr. Nach dem „Beobachter“ hat der größere ständische Ausschuß, der gegenwärtig versammelt ist, gestern Abend um 5 Uhr eine Sitzung wegen der königlichen Verordnung, die Abänderung der Ständeeidsformel betreffend, gehalten und im Bewußtsein der hohen Wichtigkeit dieses Gegenstands einen Referenten und Correferenten ernannt, die alsbald über die Sache Bericht erstatten sollen. — Die Erwägung, daß eine neue Geschäfts-Ordnung für die revidirende Versammlung dringendes Bedürfnis ist, hat die Abgeordneten Jeger und Zeller veranlaßt, sich schon vor dem Zusammentritt der Versammlung der Arbeit eines Entwurfs derselben zu unterziehen, da sie der Ansicht waren, daß wenn erst in der Versammlung selbst eine Commission zur Ausarbeitung eines solchen bestellt und dann erst eine Berathung darüber eröffnet würde, die Versammlung längere Zeit unter den alten Mißständen leiden und eine kostbare Zeit mit Berathung bloßer Formfragen verlieren müßte, während jede Zersplitterung ihrer Kräfte die nachtheiligsten Folgen für ihr Hauptwerk, die neue Verfassung haben könnte. Das Ganze umfaßt 88 Paragraphen, und es sind dabei die seither gemachten Erfahrungen und die Geschäftsordnungen der deutschen und französischen Nationalversammlung zur Grundlage